

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ordnung gemäß mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, demnach bei Bestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Redakteure eingetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten sind Postboten sowie andere Zusteller und Geschäftsleute können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Verantwortlich: M. für die gehaltenen Redaktionen über deren Namen, Lokalpreis 10 Pfg., Restsumme 2.50 Mk. Bei Wiederholung von Redaktionen, insbesondere Preisnachlass, Bestenleistungen im amtlichen Teil für von (beide) die gehaltenen Redaktionen 3 Mk., Zustellungsgebühr 50 Pfg. Wilsdruff monatlich 4 Mk. monatlich 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übermitteln wir keine Provision, jeder Nachdruck ist jedoch erlaubt, wenn der Beitrag durch diese eingezogen werden muß oder der Nachdruck in Rechte wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt.
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 64.

Dienstag den 15. März 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Reichstag hielt Minister des Äußeren Dr. Simons eine große Rede über die Londoner Konferenz.
- Der neue preussische Staatsrat wird zum ersten Male in der zweiten Aprilhälfte zusammentreten.
- Der preussische Landtag hat sich auf den 7. April vertagt.
- Mit der Bildung des neuen spanischen Kabinetts wurde Laura de la Huerta beauftragt.

Reichsregierung?

Kein schönes Wort, gewiß nicht; aber in der inneren Leidensgeschichte des Deutschen Reiches hat es sich durch die Jahrhunderte hindurch wackerhalten und ist, seitdem die deutschen Stämme aus den Stürmen des Weltkrieges und der Revolution durch eine neue Verfassung wieder zu geschlossener Einheit zusammengeführt werden mußten, schon manchmal sehr unheimlich in den Vordergrund getreten. Wenn nämlich die Mitglieder nicht so wollten, wie das Ganze befaßt, dann müßte, bei aller Scheu vor Gewaltmaßnahmen gegenüber Volksgenossen, doch zuweilen von der Zentralen der Zwang, sehr scharfer Zwang sogar, zur Anwendung gebracht werden, was nicht bedeutet, daß der Wille des alten Reiches auch immer zur Durchführung kam. Wenn jetzt plötzlich das unheimliche Wort wieder auftaucht, so kann dadurch die Unliebbarkeit unserer Lage gewiß nicht erleichtert werden — zumal es von München aus zu uns herüberfließt.

Die Reichsregierung verfolgt den Plan und trug ihn zunächst im Reichsrat vor, dem Ministerium des Innern alle Funktionen und Machtmittel zur sofortigen Durchführung der Auflösung und Entwertung aller Selbstschutzorganisationen zu übertragen. Der Gesetzentwurf verbietet alle Selbstschutzorganisationen oder ähnliche Vereinigungen, die ihre Mitglieder im Kriegsbandenwert oder im Gebrauch von Waffen ausbilden oder üben oder ausbilden und üben lassen, ferner Vereinigungen, die sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinwirken. Unterrichtsanstalten, Kriegervereine, Schützengilden, Sport- und Wandervereine ist es verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen. Zuständig für den Erlass der Verbote ist der Reichsminister des Innern. Sämtliche Zivilbehörden des Reiches, der Landes- und der öffentlichen Selbstverwaltungskörper haben den Anordnungen des Reichsministers Folge zu leisten. Das Verbot ist über das ganze Reichsgebiet zu erlassen und umfaßt alle Vereinigungen der Vereinigungen sowie jede vorgelegte neue Vereinigung, die sich tatsächlich als die alte darstellt. Für Verstöße sind strenge Strafen vorgesehen. Der Reichstag soll die Vorlage womöglich noch bis zum 15. März verabschieden, weil die Entente diesen Termin für die Lösung der Entwaffnungsfrage bestimmt habe.

In München — denn für Bayern gewänne ein solches Gesetz so zunächst Bedeutung — soll bereits lebhaftest Beunruhigung herrschen und man soll entschlossen sein, in die schärfste Opposition gegen den Entwurf einzutreten. Man hat in Bayern in der bekannten Entscheidung vom 8. Februar der Reichsregierung zwar die letzte Entscheidung und Verantwortung für die zu treffenden Maßnahmen überlassen, da ja nicht zu leugnen ist, daß wir es hier mit einer sehr bedeutsamen Reichsfrage zu tun haben. Aber nun, wo der Augenblick zum Handeln gekommen ist, geht es die lieben Bayern doch hart an, sich sagen lassen zu müssen, daß das Reich bei ihnen „Ordnung“ schaffen müsse, da sie selber es zu tun nicht imstande oder nicht gewillt sind. Sie malen den Sturz des Ministeriums v. Kaab, die Auflösung der bürgerlichen Regierungskoalition, die Bildung eines Ministeriums der Linken und damit die Rückkehr der schauerhaften Zustände vom Frühjahr 1919 an die Wand und protestieren in entsetzten Telegrammen nach Berlin gegen die ihnen angebotene Unbill. Auch die Demokraten ziehen in diesem Punkte mit der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen am gleichen Strang. Zum mindesten wird ein letzter Aufschub verlangt, damit das bayerische Volk die Angelegenheit selber noch in die Hand nehmen könne. Man scheint in München nicht einsehen zu wollen, daß Deutschland es jetzt noch nötig habe, von der Entente militärisch festgesetzte Termine auf Tag und Stunde genau innezuhalten, nachdem uns eben erst der Versailler Vertrag wie ein Felsen Papier vor die Füße geworfen worden, nachdem unerhörte Gewalt gegen uns zur Anwendung gekommen und in der Reparationsfrage nicht einmal die uns zusehende Frist bis zum 1. Mai respektiert ist. Die Absicht der Reichsregierung, die trotz allem, was in den letzten Tagen geschehen ist, die Befehle der Entente zur Ausführung bringen will, will den harten Bayern nicht in den Sinn.

Aber wird er etwas helfen? Können wir in diesem Augenblick, wo wir uns erst in der durch den neuen Einmarsch der Feinde geschaffenen Lage mühsam zurechtfinden müssen, eine weitere schwere Belastungsprobe ertragen? Nun jetzt die innere nicht unter allen Umständen hinter der äußeren Politik zurückstehen? Die nationale Geschlossenheit ist jetzt unser höchstes Gut. Sie darf um keinen Preis verlorengehen.

Die Londoner Konferenz im Reichstag

(37. Sitzung.) CB. Berlin, 12. März.

Die Tribünen sind vollbesetzt, in der Diplomatenloge der Österreichische Gesandtschaft. Das Haus ist gefüllt, am Ministerische der Reichskanzlei, Minister Simons und Mitglieder des Kabinetts. Mit der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London. Von der Landesversammlung in München ist ein Telegramm eingegangen, das dem Reichstag eine Sympathieerklärung ausdrückt anlässlich der neuesten Beschlüssen im Westen.

Reichsminister des Äußeren Dr. Simons:

London war eine Fortsetzung von Spa. Wir hatten Anspruch auf eine Verhandlung in einem neutralen Land, aber wir konnten die Einladung nach London nicht ablehnen, da wir zum ersten Male Kunde über den Umfang unserer Verpflichtungen erhalten sollten. Die Londoner Verhandlungen waren durch die vorhergegangenen Pariser Beschlüsse erschwert, weil sich die Alliierten festgesetzt hatten. Ein Einverständnis war nur möglich, wenn es geringere sollte, einmal die Höhe des wirklich angerichteten Schadens feststellen sowie die Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Dieser Weg hat uns bis hierher geführt, es ist schade, daß dieser Weg nicht ungehindert wurde. Die deutschen Sachverständigen haben sich in gleichem Sinne ausgesprochen in der Erkenntnis, daß es hier um eine Lebensfrage der europäischen Wirtschaft handelt. Der Vorwurf gegen die deutsche Regierung, daß sie in der Reparationsfrage keine genügenden Vorstöße gemacht, ist nicht haltbar, weil Deutschland mit Rücksicht auf die unklaren Verhältnisse im Saargebiet und Oberschlesien über seine Leistungsfähigkeit nicht abschließend urteilen kann.

Oberschlesien ist für Deutschland eine Lebensfrage.

Dazu kam das Ruhrgebiet, das nur durch das Zusammenarbeiten aller Völker gelöst werden kann. Der zweite Punkt, der uns hinderte, war die Erschwerung des deutschen Handels durch Versailles, die kein fest nutzbares Bild gewinnen ließ. Wenn wir trotzdem zu Erklärungen kommen müßten, ergab sich daraus das Drängen der Entente und die Produktion der Gewalt über die Entente.

Die Sachverständigen schätzen freilich unsere Leistungsfähigkeit sehr gering ein, unsere späteren Angebote beruhen nicht auf ihren Entscheidungen, waren vielmehr von politischen Erwägungen diktiert und sind von mir persönlich gemacht worden. Unser Angebot beruht auf der Zusammenrechnung der Jahreszahlungen, die wir auf die Gegenwart zurückzuführen haben. Dieser Gegenwert entspricht einer Verzinsung von 8 Prozent. Wir mußten hinsichtlich unserer bisherigen Leistungen, daß die Entente anders rechnete als wir. Wenn wir für die Verzinsung dieser Summe diesmal aber nur 5 Prozent rechneten, so lag der Grund in der geringen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der einzige Ausweg lag in einer

internationalen Anleihe.

Man hat dies zwar auch bei uns als eine Utopie angesehen, denn das Kapital ist überall vor der Steuerbelastung geschützt. Es versteht sich hinter Sachglücken, aber wenn wir der Anleihe Befreiung von Steuern zugesichert hätten, wäre sie möglich gewesen. Aber den Gehalt der Waise mag man streifen, es wäre aber der einzige Weg der Kapitalbeschaffung gewesen, und zwar wollten wir 8 Milliarden aufnehmen, um namentlich den Franzosen für die Reparationszwecke bares Geld in die Hand zu geben. Mehr war nicht möglich. Auf normalem Wege kann die deutsche Wirtschaft nicht mehr als 1 bis 1½ Milliarden im Jahre herausarbeiten. Hierzu kam nun die Forderung der Ausgabegabe. Diese konnten wir nicht tragen, wir mußten aber einen Ersatz dafür bieten. Nach sorgfältiger Prüfung haben wir uns in London entschlossen, das Protokoll für 5 Jahre zu bieten, da wir zu weiteren 5, nicht in der Lage waren. Der Minister befragt das Reichsamt, das dem Hause inzwischen zugegangen ist und das alles enthält, was in London vorgegangen ist, mit Ausnahme der vertraulichen Besprechungen. Unser Gegenangebot hat auf so viel Entrüstung getroffen, daß wir keine Begründung schon schwer fiel. Die Antwort war vorauszuheben, Herr Lloyd George hat die Schuldfrage aufgetrollt, die Belastungsfrage dahin besprochen, daß Deutschland im Vergleich zur Entente fast gar nichts zahlt, und dann sein Ultimatum ausgesprochen. Es haben sodann eingehende Besprechungen stattgefunden, zunächst sollten die 42 Jahreszahlungen auf 30 Jahre eingeschränkt werden. Die Gegner waren damit einverstanden, wollten aber die Jahresraten entsprechend erhöhen. Andererseits wollten sie in der obersten Frage keine Entgegenkommen zeigen, auch in der Frage des technischen Aufbaues der zerstörten Gebiete haben wir keine Gegenseite gefunden, entweder wurden die Vorschläge nicht beachtet oder schroff abgelehnt.

Der französische Unternehmer schlägt eben die deutsche Konkurrenz.

Immerhin werden wir den Gedanken des Wiederaufbaues nicht wieder in den Vordergrund stellen. Die Waise, welche man in Frankreich vorküßelt, haben keinen Wert, solange alle Fragen strittig sind. Der Gedanke des Protokolls ist amtlich in England unterstützt worden, wenn Lloyd George heute den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, widerspricht das seiner früheren Haltung. Das Protokoll lehnt sich an die Versailler Gedankengänge an, nur ist es nicht möglich, gerade in den ersten Jahren die höchsten Jahresraten zu fordern, haben daher für die ersten beiden Jahre nur 2 Milliarden, für die folgenden 3 Jahre 3 Milliarden geboten. Als Gegenleistung für die fehlenden 2 Milliarden abgaben wir die internationale Anleihe, die Lloyd George abgelehnt hat. Inzwischen kam die Mitteilung der deutschen Regierung, daß die neue Vorschläge vorbereitet. Deshalb beantragten wir den Aufschub. Die Verhältnisse hatten sich inzwischen aber so verändert, daß hiermit nichts mehr anzufangen war. Deshalb mußten wir selbst handeln, die Regierung hat unser Verhalten gebilligt. Unser Vorschlag entsprach einem Knaebot, das uns die Gegner früher selbst einmal gemacht.

(Hört, hört!) Daß die Forderungen der Entente nicht so sehr das Diktat eines Siegestaufsches sind als vielmehr die Ergebnisse bitterer eigener Nöte, wird einem freilich klar, wenn man die Verhältnisse drüben selbst leben kann. Aber nicht verstehen kann ich, daß man Anstoß an der Einteilung der Jahresraten nimmt. Man wirft uns vor, daß wir Oberschlesien gefordert hätten, warum hat Lloyd George denn mit seiner Entlohnung nicht bis nach der Wahl gewartet? Nun kam das Diktat Lloyd Georges, das auch

nicht eine Spur von Rechtsgrund

hat. Im Versailler Vertrag ist nur von wirtschaftlichen Sanktionen die Rede. Ich wiederhole dabei den Protest, den ich in London erhoben habe. Von den Juristen, welche an der Verhandlung teilgenommen haben, hat aber nicht einer Einspruch erhoben. Es gibt kaum einen schwereren Angriff auf einen Staat, wie das was uns widerfahren, unsere Lage ist aber nicht so, daß wir von einem Abbruch der Beziehungen etwas erwarten könnten. Die Meinung der Welt ist von uns zu ungünstig. Auch die Ansicht, als ob der Vertrag von Versailles, nachdem ihn die Gegner zerissen, auch für uns ungünstig sei, ist falsch, man soll nicht Böses mit Bösem vergelten. (Heiterkeit und Unruhe.) Für uns soll der Frieden bestehen bleiben innerhalb der Grenzen der Möglichkeiten. Was soll nun geschehen? Wir müssen alles tun, um neue Mittel und Wege für Gegenvorschläge zu finden, aber zu verlangen, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Ohrfeige bekommen, die Hand blutreden und sagen: „Wir wollen wieder Freunde sein“, ist unmöglich. Die Grundlage für Verhandlungen ist durch die Sanktionen vollständig verändert worden. Wir werden bald hören, wir können wir unter den Sanktionen zu leben haben. Die Idee Lloyd Georges mit der Beschlagnahme der Waise, ist einer der schwersten Fehler.

Splionage und Schieberwesen

werden eine neue Blüte erleben. Die Entwicklung unserer Ausfuhr wird erschwert. Zum Schluß legte der Minister Versicherung gegen die Behauptung Lloyd Georges in der Schuldfrage ein. Es müsse jeder sein Teil dazu beitragen, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Geschichte wird das Ihre tun. Daß Sie, meine Herren, jeden Schritt der Delegation in London billigen, verlange ich nicht, wohl aber, daß Sie unsere Ablehnung in London bedauern. (Großer Beifall, Handclatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Erklärung der Regierungsparteien.

Hr. Lehmann (Zentr.) verlas im Namen der Reichstagsparteien eine Erklärung, in der die Forderungen der Gegner als unerfüllbar und unannehmbar bezeichnet werden. Die Erklärung spricht die Bereitschaft des deutschen Volkes aus, Verpflichtungen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu übernehmen und betont, daß die deutsche Regierung schon seit zwei Jahren Frankreich Wiederaufbauverträge machte, die unbedeutend geblieben sind. Die maßlosen Forderungen verhindern den endgültigen Frieden, den die Welt braucht. Man kann nicht gleichzeitig die Leistungsfähigkeit Deutschlands erschöpfen und weitere Leistungen herauspressen.

Wir billigen den Abbruch der Londoner Verhandlungen und hoffen, daß mit dem Bruch unser Angebot hinreichend geworden ist. Gegen den Rechtsanspruch der Sanktionen erheben wir feierlich Einspruch. Die Hoffnung, daß die Treue zum deutschen Vaterlande erschüttert werden könnte, Treue zum deutschen Vaterlande erschüttert werden könnte, das deutsche Volk zusammenfassen und die Last mittragen. Wir grüßen unsere Volksgenossen, die Opfer dieses Rechtsbruches geworden sind. Wir wünschen eine endgültige Entscheidung über Deutschlands Zahlungen, aber im Einklang mit der deutschen Leistungsfähigkeit. Die Pariser Forderungen entsprechen dem nicht. Gegen die Schuldübernahme Lloyd Georges legen wir feierlich Protest ein. Wir wissen, daß das deutsche Volk nicht auf den Krieg hingearbeitet hat (hier laut auf der linken Seite), daß es vielmehr den Frieden geordert hat. (Zurufe von links „Schwindel!“) Das deutsche Volk ist bereit, sich einem unparteiischen Schlichterspruch zu unterwerfen. Wir werden die Regierung gegen diesen Rechtsbruch unterstützen, weil wir wissen, daß sie die Rechte des deutschen Volkes wahr.

Die weitere Aussprache.

Hr. Weis (Soz.) bedauerte den unpolitischen Charakter der Ausführungen des Vortragners, der unsterblichen Angebot als hinlänglich bezeichnet habe. Man sehe, wohin eine Partei kommt, wenn sie mit der Deutschen Volkspartei zusammenarbeitet. In dem Abbruch der Verhandlungen trifft uns die Schuld nicht. Das deutsche Volk ist bereit, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ist bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen und will das auch weiter tun. Die Summe von 26 Milliarden entspricht ungefähr der Gesamtverlängerung aller Häuser Deutschlands, sie bedeutet die Verneinung der gesamten deutschen Industrie und jedes Eigentums. Der Bruch war zweifellos beabsichtigt. Weiter hatte der Redner mancherlei an dem Austritt der Delegation in London auszusprechen. Er warf die Frage auf, warum wir unsere Volkshäuser in London, Paris und Brüssel hierher bringen. Die Londoner Verhandlungen dürfen nicht abgebrochen werden, und wenn die Kreise, die Deutschland ins Verderben geführt haben, jetzt gar noch zur Aufhebung gegen die Entente auffordern, so ist das eine Gewissensfrage gegen die Regierung einschreiten müßte. Wir müssen auf neue Verhandlungen. Im Rheinland wird die Arbeiterschaft die höchste Löhne des Deutschlands sein. Mit Gewalt und Wajonisten läßt sich kein dauernder friedlicher Zustand schaffen. Der Vorkriegsstand, dem 43 Staaten angehören, hat jetzt Gelegenheit, seine Stimme zu erheben.

Hr. Graf v. Helldorf (Deutschnat.) leitete seine Ausführungen mit einem Einspruch gegen die Befreiung des Bitterfelds und den Bruch des Versailler Vertrages ein. Was der Minister des Auswärtigen heute über die Konsequenzen gesagt hat, daß wir trotz allem am Versailler Vertrag festhalten müssen, habe ich nicht verstanden. Es liegt eine glatte Erklärung vor, die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch strafbär ist. Um so bedauerlicher waren die heutigen Ausführungen des Vortragners. Der Redner sprach sich dann eingehend über das ge-